

Zu Punkt 7.2

Der aktuelle Stand zum 21.11.2023

Wir haben derzeit aktiv 11 Personen im Asylleistungsbezug

Insgesamt 48 Personen, die durch Einweisung in Wohnraum von der Gemeinde (u.a. angemietet) untergebracht sind

Hiervon sind

3 P. (1 Familie) Eigenzahler (mit Erwerbseinkommen)

4 P. im Grundsicherungs- bzw. Hilfe zum Lebensunterhalt Bezug (4 UKR)

11 P. im Asylleistungsbezug

31 P. im Bezug Leistungen Bürgergeld (davon 22 P. UKR)

Anstehende Veränderungen ab 12/23

1 Familie (nicht mehr im Leistungsbezug) zieht zum 01.12.23 nach Rastede.

1 Familie (Frau + 2 Kinder) geht zurück in Ukraine ab 15.12.23

Daraufhin wir einige Eingewiesene Personen umsetzen werden, sodass voraussichtlich eine Wohneinheit komplett frei wird zur Unterbringung von ca. 5-7 Personen, je nach Familienverbund.

Des Weiteren können in der Unterkunft Heinrich-Schütte-Str. 57 nun auch Personen wieder untergebracht werden es wurde eine Raumtrennung vom Aufenthaltsbereich vorgenommen, sodass ein 5. Zimmer dazugekommen ist. Somit dort zw. 5 bis 10 Personen aufgenommen werden können, je nach Familienverbund.

Wohnraumsituation weiterhin unzureichend. Neuanmietungen bisher keine stattgefunden. Suche läuft, zzt. eher schleppend.

→ Anlage 1

Zuweisungsquote für Landkreis Wesermarsch/ Ovelgönne:

Stand 01.10.2023 konnten wir 20 Personen nicht unterbringen;

→ Anlage 2

Aktuelle Zuweisungsquote für Landkreis Wesermarsch / Ovelgönne:

Stand 01.10.2023 müssen wir aktuell nun 45 Personen unterbringen

Wir warten die Aufnahmelisten gespannt ab und hoffen, für jeden einen Platz bis 31.03.2024 finden zu können.

Aktualisierung 21.11.23

Telefonat mit Ausländerbehörde/LAB Niedersachsen.

Anstehend: 16.11.23 Aufnahme für Bahnhofstr. 18 = 1. Syrer

Anstehend: ab 21.11.2023 Aufnahme von 10 Personen für Heinrich-Schütte-Str. 57 abgestimmt (damit wäre dann vorerst vorhandener Wohnraum belegt)

Aufnahme 21.11.23 geplant – 3 Personen

Aufnahme 23.11.23 geplant – 3 Personen

Aufnahme 28.11.23 geplant – 2 Personen

Aufnahme der letzten 2 Personen noch offen (warten noch auf Termin)

Ergänzung: alle bisher angekommenen Geflüchteten sind sehr positiv angekommen/aufgenommen wurden. Bisher haben wir keinerlei negative Rückmeldungen von Anwohnern bzw. Polizei. Ankunftszeiten sind hier sehr problematisch, da zumeist die Personen nicht zu den hier bekannten Zeiten/Arbeitszeiten ankommen. Sie kommen mit regulären Bussen ohne Begleitung. Dank Hilfe des

Übersetzern vom Refugium holen wir meistens die Personen durch Aufhalten/in Bus reinfragen die Richtigen heraus. Die Ukrainer kamen 2022 mit speziellen Bussen. Was oft auch speziell für Gaudy und den Übersetzer in der Nacharbeit zu längeren Arbeitszeiten führt, wenn hier vor Ort der bürokratische Teil abgeschlossen ist. Ablauf wurde entsprechend geschildert.

Sonstiges:

Es fand am 14.09.2023 ein Treffen aller Sozialämter im Landkreis statt. Hier erfolgte ein Austausch über die aktuellen Situationen speziell bzgl. Wohnungssituationen/Unterbringungen und entstehenden Kosten. Es erfolgte der Hinweis, dass für Wohnraumbeschaffungskosten/Instandhaltung/Instandsetzung die Gemeinden zuständig sind nicht der Landkreis. Daher wurde auf Kostenplanung für 2024 in den jeweiligen Haushalten der Gemeinden/Städte verwiesen. Dies haben wir nun für 2024 entsprechend in unserer Haushaltsplanung berücksichtigt.

Ansonsten wird die Einführung der Digitalen Akte weiter in den Planungsprozess eingebunden.

Am 01.11.2023 fand ein Treffen Netzwerk Flucht statt, auch hier erfolgte ein Austausch über die aktuellen Situationen und einige Institutionen berichteten über ihre Arbeit und teilten mit für 2024 aufgrund Reduzierungen von Fördergeldern etc. noch keine Planungssicherheit zu haben bzw. einiges nicht mehr anbieten zu können.

Erklärungen im Ausschuss auf Nachfrage:

Refugium stellt bedarfsweise Übersetzer/ Sprachmittler, jedoch gibt es dazu gg. keine rechtliche Verpflichtung bzw. auch nicht für jede Sprache steht einer zur Verfügung. Viele ukrainischen Personen werden ab 2024 von der Inanspruchnahme ausgeschlossen bzw. müssen ggf. die Kosten dann selbst bezahlen, wenn Sprachmittlerbedarf angemeldet wird. Häufig wollen Ärzte usw. dass Übersetzer mitgebracht werden, doch dies stellt die vorhandenen Kapazitäten an Sprachmittlerin vor Herausforderungen die nicht mehr gewährleistet werden können. Handyapps sollen genutzt werden, doch oft in Ovelgönne aufgrund schlechter Verbindung schwierig.

Deutschkurse in Brake unzureichend, viele unserer Geflüchteten fahren auch schon nur für wenige Stunden am Tag zu Deutschkursen nach Oldenburg. VHS versucht schon Personen mit B2 etc. zu motivieren sich freiberuflich als Dozenten zu gewinnen, hier allerdings große Zurückhaltung besteht. Ängste vor eigenem Leistungsanspruch beim Jobcenter, Ängste dann Kosten eigenständig zahlen zu müssen... hier Aufklärung seitens Jobcenter und VHS hilfreich.